

PRESSEINFORMATION 03/2025

Baden-Württembergs Wirtschaft warnt vor Aufteilung der deutschen Strompreiszone

Stuttgart, 16. Januar 2025 - Die baden-württembergische Wirtschaft spricht sich erneut entschieden gegen Pläne zur Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen aus. Hintergrund sind die europaweiten Diskussionen rund um den anstehenden ‚Bidding Zone Review‘ zur Überprüfung der aktuellen Strompreiszonen, der durch die EU-Elektrizitätsverordnung initiiert wurde. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) fordert die Bundesregierung dazu auf, sich bei der EU nachdrücklich für den Erhalt der einheitlichen Strompreiszone in Deutschland einzusetzen.

Die IHK-Organisationen für Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie die Übertragungsnetzbetreiber Amprion und TransnetBW und der Wirtschaftsbeirat Bayern sprachen sich bereits am 28. August 2024 gemeinsam gegen die Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen aus. Auch die Bundesnetzagentur hat sich zuletzt gegen die Aufteilung ausgesprochen.

Der BWIHK warnt vor gravierenden Folgen für die Wirtschaft, insbesondere für die energieintensive Industrie in Baden-Württemberg. So würden die Stromkosten im Süden Deutschlands deutlich steigen, was die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden würde. Schon jetzt erwägen vier von zehn baden-württembergische Industriebetrieben laut IHK-Energiewendebarmometer aufgrund der unsicheren Energiesituation, ihre Produktion einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. „Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben! In der jetzt entscheidenden Phase der Energiewende brauchen wir keine zusätzlichen Umbrüche, sondern stabile Rahmenbedingungen“, betont Dr. Jan Stefan Roell, BWIHK-Präsident.

Der BWIHK hält das EU-Prüfverfahren zur Anpassung der Strompreiszonen für methodisch fragwürdig. Der fortschreitende Netzausbau in Deutschland, der die strukturellen Engpässe in den Übertragungsnetzen bis Ende 2028 fast vollständig beheben wird, werde nicht ausreichend berücksichtigt. „Statt einer Aufteilung des Strommarktes fordern wir einen Fokus auf den schnellen Ausbau der Stromnetze und der zur Stabilisierung notwendigen Kraftwerke in unserem Bundesland. Eine Teilung der Strompreiszone würde Unsicherheiten für dringend benötigte Investitionen in die Energiewende bewirken und den

Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt weiter schwächen“, so Roell. Daher appelliert die baden-württembergische Wirtschaft an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene mit Nachdruck für den Erhalt einer einheitlichen Strompreiszone einzusetzen. Es sei entscheidend, eine gemeinsame Position mit den Bundesländern und der EU-Kommission zu finden, die die Interessen der Wirtschaft und die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in den Vordergrund stellt.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#). Das gemeinsame Positionspapier des Bündnisses [dort](#).

Ansprechpartner für Medienschaffende/Redaktionen:

BWIHK | Federführung Energie
IHK Ulm
Peter Nikolas Köber
Tel.: 0731 173-203
koeber@ulm.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitglieds-kammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.